Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 15690, Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 24. Mai 1928 — Nummer 120

Schacher um die Große Koalition

Die „Linken" auf dem Wege zu Hermann Müller

Die Sozialdemokratie ist bereit, den Bürgerblock durch den [illegible] sozialdemokratischer Minister in die Regierung, durch [illegible] der Großen Koalition, zu verstärken. Die große [illegible] für sie nur: wie mache ich es meinen Wählern begreiflich? [illegible] besondere die sächsischen Sozialdemokraten bemühen [illegible] schnellsten Wege den Arbeitern klarzumachen, daß [illegible] Möglichkeit besteht, die Ergebnisse der Wahl auszunutzen [illegible] Koalition mit den Kapitalisten zu gehen. Dabei [illegible] diese sächsischen Führer hin und her, so gut es [illegible] die sächsischen Zeitungen der SPD brüllen, wie [illegible] Zeug wäre, wenn die KPD nicht wäre. Mit diesem [illegible] die Arbeiter Sachsens, die die Große Koalition, die [illegible] mit den Kapitalisten nicht wollen, getäuscht werden. [illegible] Führer finden den Weg zu einer Ablenkung der [illegible] von dem tatsächlichen Vorgehen des Parteivorstandes. [illegible] Parteivorstand steuert auf die Große Koalition [illegible] schon in einigen Regierungen eine Rolle spielte, [illegible] Absicht der SPD-Führer offen aus. Er erklärte [illegible] Zeitungsberichterstatter des Berliner Tageblattes:

„Er hält den Wahlausfall für die deutliche Aufforderung [illegible] des deutschen Volkes an die Sozialdemokratie, im [illegible] welche Regierungsführung zu übernehmen wie in [illegible]. (Z! Red. d. Arbst.) Die Sozialdemokratie wird [illegible] Umständen zur Verantwortung bereit sein. Eine [illegible] unter der nahezu 10 Millionen Wähler stehen, kann [illegible] Verantwortung nicht entziehen. Die [illegible] liegt allerdings weniger bei uns, als bei den [illegible]. Der Streit zwischen Monarchisten und Republikanern ist endgültig entschieden. Das soziale Volksproblem steht jetzt im Vordergrund."

Die Erklärung ist deutlich genug. So klar wagt nach der [illegible] Massenstimmung der Parteivorstand noch nicht zu [illegible]. Die Arbeiter aber können jetzt schon erkennen, daß die [illegible] Sollmanns, ganz dem Willen und den Absichten des Parteivorstandes entsprechen. Daß die SPD auf diese [illegible] hinsteuert, zeigt die fast übereinstimmende Haltung [illegible] Presse. So schreibt die Dresdner Volkszeitung vom 22. Mai:

„Die Sozialdemokratie lehnt trotz den unerfreulichen Erfahrungen, die sie bisher mit ihrer Regierungsbeteiligung im Reiche machen mußte, auch die Große Koalition nicht grundsätzlich ab. Sie hat sie auch, bevor die Bürgerblockregierung zustande kam, nicht rundweg abgelehnt, sondern Forderungen gestellt."

Die Leipziger Volkszeitung schreibt:

„Grundsätzlich ist festzustellen, daß die Sozialdemokratie keine prinzipielle Gegnerin einer Koalition mit bürgerlichen Parteien ist."

Das Sächsische Volksblatt, die Zeitung des radikalen Seydewitz schreibt:

„Der Vorwärts und der Sozialdemokratische Pressedienst deuten an, daß die Sozialdemokratie zur Uebernahme der Verantwortung bereit sei, sie lassen durchblicken, daß die Bildung einer Regierung der Großen Koalition nicht von vornherein an der prinzipiellen Ablehnung der Sozialdemokratie scheitern wird."

Der „Linken", so schreibt das Sächsische Volksblatt, fehlen nur noch 30 Sitze an der Mehrheit. Dann heult auch dieses Blatt auf die Kommunisten los. Nebenbei zitiert diese Zeitung eine Menge Pressestimmen, die die Große Koalition als die jetzt gebotene Regierung ankünden. Um die sozialdemokratischen Arbeiter nicht vor den Kopf zu stoßen, erklärt dann das Volksblatt, daß die SPD in der Opposition doch stärker sein würde wie in der Koalition. Wenn diese zustande käme und die SPD vertrete ihre Stellung, dann werde die Koalition doch bald wieder auffliegen.

Gradlinig steuert die Dresdner Volkszeitung auf die Koalition zu. Zwar sind auch hier die Bedenken gegenüber den Wählern vorhanden, aber die DV erklärt schon:

„Etwas anderes (als Koalition. D. Red.) bleibt ihr auch in der jetzigen Situation nicht übrig, und wenn verschiedene Blätter der bürgerlichen Parteien jetzt erklären, unsere Partei müßte davon abgehen, sozialdemokratische Politik zu treiben, so ist das ein Gerede, mit dem der Politiker nichts anfangen kann. Geht die Sozialdemokratie in eine Reichsregierung, dann muß sie sich mit der dort zu leistenden Arbeit und mit den von ihr angestrebten Erfolgen vor ihren Wählern sehen lassen können — oder sie muß draußenbleiben. Wenn die Instanzen unserer Partei zu den Beratungen über diese Frage zusammentreten, werden sie auch diesmal nichts anderes tun können, als ein Programm auszuarbeiten, das das Minimum unserer Gegenwartsforderungen enthält und das für uns die Grundlage einer etwaigen Regierungstätigkeit zu bilden hätte."

Auch die Leipziger Volkszeitung fordert die Aufstellung eines Programms. Dazu verlangt die Dresdner und auch die Leipziger Volkszeitung einen Parteitag, der über den Eintritt in die Regierung entscheiden soll.

Nun, das ist aber schon eine Nebenfrage geworden. Die SPD ist bereit, in die Große Koalition zu gehen. Nicht nur das, sie erstrebt die Große Koalition. Selbst in dem sogenannten theoretischen Organ der „Linken", im Klassenkampf, versucht die Gruppe der Weithaas, Böchel-Seydewitz, den Arbeitern die Koalition anzupreisen. Sie schreiben, die Koalition wäre eine „Verlegung des Klassenkampfes in die Regierung".

Das ist der Weisheit der „Linken" letzter Schluß. Diese Stellung der sächsischen SPD-Führer ist aber deswegen von besonderer Bedeutung, weil damit klar dokumentiert wird, daß auch die sogenannten Oppositionellen in der SPD bereit sind, die Große Koalition zu billigen.

Damit enthüllen diese Gesellen ihre Roßtauschermanieren gegenüber der Arbeiterschaft selbst. Sie sind bereit, die Arbeiter an die Kapitalisten auszuliefern. Ein weiterer Schritt zur Klärung ist damit auch in Sachsen getan. Die sächsischen SPD-Führer werden gezwungen, offen ihre Einstellung zu zeigen. Zwar versuchen sie noch Verschleierungsmanöver; um die eigene Blockstellung werden sie nicht herumkommen. Jetzt gilt es, die Manöver, die sie noch führen, restlos zu enthüllen. Die Arbeiterschaft aber sieht wieder um so deutlicher, der Klassenkampf zwischen Arbeitern und Kapitalisten wird nicht mit dem Stimmzettel ausgefochten. Es ist der breite außerparlamentarische Kampf in den Betrieben, auf den Straßen, auf dem Lande. Bei diesem Kampf steht die Sozialdemokratie auf der Seite der Kapitalisten, das zeigen schon die wenigen Tage nach der Wahl wieder neuen Arbeiterschichten, die bis jetzt noch Illusionen hatten. Bei dem Kampf der Klassen stehen alle sozialdemokratischen Führer, auch die „Linken", auf der Seite des Kapitals.

Verstärkter Kampf gegen die Kapitalsoffensive. Verstärkter Kampf gegen die Sozialdemokratie und den Reformismus ist die klare Aufgabe der KPD. Sammlung der Massen. Vertiefung unseres Erfolges, Loslösung breiterer Schichten von der SPD sind die nächsten Aufgaben.

Die KPD überall auf dem Vormarsch

Das Wahlergebnis von Berlin

Nach einer Veröffentlichung des Statistischen Amtes der Stadt Berlin wurden am 20. Mai in den 20 Verwaltungsbezirken Groß-Berlins insgesamt 2 478 373 gültige Stimmen zur Reichstagswahl und 2 471 606 Stimmen zur Landtagswahl abgegeben, gegenüber 2 299 258 bzw. 2 289 250 Stimmen bei der Reichs- und Landtagswahl am 7. Dezember 1924. Der gewaltige Zuwachs an sozialdemokratischen, vor allem aber an kommunistischen Stimmen gegenüber dem 7. Dezember 1924 ist aus folgendem zu ersehen: Am 7. Dezember 1924 erhielten:

Sozialdemokraten	607 281 Stimmen
Kommunisten	**375 038 Stimmen**
USP	14 536 Stimmen
zusammen	1 086 355 Stimmen

Die gesamten bürgerlichen Parteien erhielten dagegen 1 263 403 Stimmen.

Bei der Wahl am 20. Mai bekamen:

Sozialdemokraten	815 029 Stimmen
Kommunisten	**611 180 Stimmen**
USP und linke Kommunisten	11 556 Stimmen
zusammen	1 437 765 Stimmen

Die gesamten bürgerlichen Parteien brachten demgegenüber 1 040 988 Stimmen auf.

An der Spitze der bürgerlichen Parteien stehen dabei die Deutschnationalen, die zwar bei der diesmaligen Wahl 110 000 Stimmen einbüßten, aber immer noch 440 000 Stimmen erhielten. In den anderthalb Millionen proletarischen Stimmen gegenüber den etwa mehr als 1 Million bürgerlichen Stimmen manifestiert sich nicht nur die Tatsache, daß die Berliner Bevölkerung in ihrem überaus größten Teile sich endgültig auf die Seite der Ausgebeuteten und Unterdrückten geschlagen hat, sondern in diesem Ergebnis liegt noch vielmehr enthalten, daß unsere Partei, die bei den letzten Wahlen in Berlin ihren größten Sieg im ganzen Reiche erfocht, auf dem besten Wege ist, noch Hunderttausende von Wählern, die diesmal noch der Sozialdemokratie ihre Stimme gaben, von der SPD loszulösen und sie in die rote Kampffront einzureihen.

Endergebnis der preußischen Landtagswahlen

Das vorläufige Endergebnis der Preußischen Landtagswahl zeigt folgende Stimmenverteilung:

	Stimmen		Mandate	
Sozialdemokraten	5 061 312	(4 575 615)	136	(114)
Deutschnationale	3 270 074	(4 355 874)	89	(109)
Christl.-nat. Bauernpartei	243 096	(—)		
Deutsche Volkspartei	1 581 981	(1 797 589)	40	(45)
Zentrum	2 687 801	(3 229 740)	72	(81)
Kommunisten	**2 167 687**	**(1 767 922)**	**56**	**(44)**
Demokraten	788 727	(1 083 523)	21	(27)
Linke Kommunisten	40 454	(—)		(—)
Wirtschaftspartei	792 465	(454 409)	21	(11)
Nationalsozialisten	330 158	(454 886)	8	(—)
Völkisch-nat. Block	208 720	(—)	2	(11)
Volksrechtspartei	217 611	(—)	2	(—)
Deutsch-Hann. Partei	114 683	(289 506)	5	(6)
Deutsche Bauernpartei	69 841	(—)	—	(—)

Sozialdemokratische Schergendienste für den polnischen Faschismus

Berlin. Wie die bürgerlichen Blätter melden, hat die Abteilung Ia des Polizeipräsidenten Zörgiebel eine Versammlung von polnischen Kommunisten ausgehoben. Angeblich soll sich der größte Teil derselben im Besitz von falschen Pässen und ungültigen Papieren befunden haben. Unter den Verhafteten sollen sich Vertreter des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Polens befinden.

Ganz in der Linie des bürgerlichen Pressesumpfes, der über „polnische Kommunistennester in Berlin" usw. ein hysterisches Geschrei anstimmt, schreibt der Vorwärts: „Die polizeiliche Untersuchung dürfte noch weitere Kreise ziehen. Soviel scheint aber schon jetzt festzustehen, daß sich die Verhafteten zum größten Teil mit innerpolitischen polnischen Angelegenheiten befaßten, daß ihnen aber wahrscheinlich der Boden in Polen zu heiß unter den Füßen geworden ist. Bisher konnte noch nicht festgestellt werden, von woher die gefälschten Pässe stammen . . . natürlich ist die politische Polizei verpflichtet, dafür zu sorgen, daß Ausländer verhindert werden, sich in die innerpolitischen deutschen Verhältnisse einzumischen." (!!)

Diese schamlose Ausländerhetze des sozialdemokratischen Zentralorgans ist durch die neueste offizielle Meldung der Berliner Polizei selbst entlarvt. Der „Dresdner Anzeiger" teilt mit:

„Die Ermittlungen der Polizei sind noch nicht völlig abgeschlossen. Soweit man aber bisher erkennen kann, wollen sich die Verhafteten lediglich mit innerpolitischen Fragen beschäftigen. Berlin war als Zusammenkunftsort gewählt worden, weil die Betreffenden nicht in die Hände der polnischen politischen Polizei fallen wollten. Der bei den beschlagnahmten Akten vorgefundene Begrüßungsaufruf an die deutschen Kommunisten hat keine allzu große politische Bedeutung. Die gefälschten Ausweise und Pässe haben die Verhafteten offenbar von einer ausländischen Paßfälscherzentrale erhalten. Ueber die Herkunft der Papiere verweigern sie aber nähere Auskunft."

Damit ist erwiesen, daß die Zörgiebel-Polizei dem Pilsudski-Faschismus ganz gewöhnliche Handlangerdienste geleistet hat. Und solche politische Polizeispitzel sind empört, wenn die Kommunisten im Kampf gegen Reaktion und Faschismus die Führer der Sozialdemokratie als Teil des Klassenfeindes betrachten!

Der Stahlhelm darf Spitzel anleiten

Braunprozeß in Leipzig

In der Mittwochverhandlung des Braun-Prozesses wurde die Beweisaufnahme zu Ende geführt und am Donnerstag erwartet man die Plädoyers des Staatsanwalts. Der Staatsanwalt verhandelte über den ihm verhaßten Spitzelalmanach. Auch die Nachrichten über die Rechtsverbände, die bei Braun beschlagnahmt wurden, versucht man, den Angeklagten zur Last zu legen.

Als Beweis dafür, wie die Rechtsverbände arbeiten, legt Verteidiger Barbarich ein Handbuch des Stahlhelms aus dem Jahre 1927, bearbeitet von Alsberg, vor. Darin sind Anweisungen über das Verhalten vor Polizei und Gericht gegeben. **Vor der Polizei haben Stahlhelmmitglieder keine Aussagen zu machen.** Nur den Kommunisten wird in dieser Beziehung von der Reichsanwaltschaft der Vorwurf gemacht, daß sie ihr Verhalten vor Gericht von der Partei vorgeschrieben erhalten. Das Stahlhelmhandbuch beweist weiter, daß der Stahlhelm einen gut organisierten Nachrichtenapparat besitzt, daß er in den Roten Frontkämpferbund und das Reichsbanner Spitzel schickt.

Diese unbequemen Feststellungen durch den Verteidiger Barbarich waren dem Staatsanwalt sehr auf die Nerven gefallen. Obgleich der Reichsanwaltschaft das alles bekannt ist, leitet sie kein Verfahren gegen den Stahlhelm ein. Arbeiterorganisationen können bespitzelt werden, das ist erlaubt. Ein Haar wird diesen Herrschaften dabei nicht gekrümmt.